



Protokoll

22. Sitzung des Gemeinderates
Montag, 16. April 2012, 19:00 Uhr,
Gemeinderatssaal, Stadthaus

TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Konstituierung für das Amtsjahr 2012/2013
Wahl der Stimmenzähler
Wahl des Präsidiums
Wahl des 1. Vizepräsidiums
Wahl des 2. Vizepräsidiums
- 4 Ersatzwahl für die restliche Amtsdauer 2010/2014
Ersatzwahl für den austretenden Peter Grob in die Kommission KPB
- 5 Antrag des Stadtrates betreffend städtebauliches Entwicklungskonzept
"Testplanung Zentrum Uster", Synthese der durchgeführten Testplanung, Nutzungskonzept
Zeughausareal sowie weiteres Vorgehen
(Antrag Nr. 114/2011)
- 6 Antrag des Stadtrates betreffend Nachtragskredit Unterführung Winterthurerstrasse
(Antrag Nr. 119/2011)
- 7 Antrag der Primarschulpflege betreffend Investitionsbeitrag von 984'000 Franken zur
Erneuerung der vom Zweckverband Schulgesundheitspflege Uster-Greifensee geführten
Schulzahnklinik
(Antrag Nr. 128/2011)
- 8 Antrag der Sekundarschulpflege betreffend Investitionsbeitrag von 283'500 Franken zur
Erneuerung der vom Zweckverband Schulgesundheitspflege Uster-Greifensee geführten
Schulzahnklinik
(Antrag Nr. 129/2011)

Präsenz

Vorsitz	Cla Famos, Präsident (bis Traktandum 3.2) Walter Strucken, Präsident (ab Traktandum 3.3)
Protokoll	Catherine Wenzel, Parlamentssekretärin
Anwesend	33 Ratsmitglieder (inkl. Präsident)
Stadtrat	Martin Bornhauser, Stadtpräsident Werner Egli, Abteilungsvorsteher Finanzen Thomas Kübler, Abteilungsvorsteher Bau Sabine Wettstein-Studer, Abteilungsvorsteherin Bildung Barbara Thalmann Stammbach, Abteilungsvorsteherin Soziales Hans Streit, Abteilungsvorsteher Sicherheit Esther Rickenbacher, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Hansjörg Baumberger, Stadtschreiber
Entschuldigt	Wolfgang Harder Christioph Keller Claudia Wyssen
Presse	Christian Brüttsch, AvU/ZO Stefan Hotz, NZZ Stepha Kälin, AvU/ZO

Als neues Mitglied des Gemeinderates begrüsst der Vorsitzende Seyhan Kâhya, der heute seine erste Sitzung hat. Er ist für Peter Grob auf der Liste der SP nachgerutscht. Er wünscht ihm für sein Wirken in diesem Rat alles Gute und viele bereichernde Erfahrungen.

Es erfolgt der Namensaufruf durch die Parlamentssekretärin.

Änderung Traktandenliste/Tagesordnung

Der Vorsitzende verweist auf die veränderte Traktandenliste. Das Geschäft Nr. 123 (Antrag SSU) wird auf eine der kommenden Sitzungen verschoben.

Persönliche Erklärungen:

Ursula Räuftlin

Persönliche Erklärung

*Sehr geehrter Präsident,
geschätzte Ratskolleginnen, Ratskollegen, Pressevertreter und Zuschauer*

Im März habe ich zusammen mit Raoul Stöckle ein Postulat zur Förderung von Solarstromanlagen durch Net-Metering eingereicht. Da sich in Gesprächen mit der Energie Uster mittlerweile herausgestellt hat, dass die Energie Uster in den letzten Wochen einige Anpassungen gemacht hat und neu die Forderungen teilweise erfüllt oder bereit ist zu erfüllen, sind Teilbereiche des Vorstosses hinfällig geworden. Wir haben daraufhin beschlossen unser Postulat zurückzuziehen.

Die Energie Uster gestattet neuerdings, dass Hausbesitzer ihren eigenproduzierten Strom selber verbrauchen und nicht alles ins Netz einspeisen müssen. Mit neuen Zählern soll dies erfasst und in 15-Minuten Intervallen saldiert werden können. Das Net-Metering wird zwar nicht analog zur Lösung des ewz umgesetzt, welche die Saldierung jeweils auf eine Rechnungsperiode von mehreren Monaten vornimmt. Immerhin kann so der überschüssige Solarstrom zum Energiepreis von ca. 9 Rappen pro kWh an die Energie Uster verkauft werden. Dass man für Strom den man z.B. an sonnenlosen Tagen weiterhin neben dem Energiepreis von 9 Rappen auch noch die Netzkosten à ca. 12 Rappen – also total über 21 Rappen pro kWh – bezahlen muss, ist sicher unschön und wird den einen oder anderen vom Bau einer Anlage abhalten. Die Energie Uster argumentiert jedoch inhaltlich korrekt, dass sie für die Netzbelastung ein entsprechendes Entgelt benötigt.

Die Diskussion um eine weitere, direkte Förderung von Solaranlagen zum Beispiel durch den Ökofonds ist lanciert und – zumindest was die da notwendigen Stromzählern anbelangt – nun weiter fortgeschritten. Inwiefern auch die durch eine Mehrmonatssaldierung wegfallenden Netzgebühren anderweitig kompensiert werden könnten, sollte weiterhin geprüft werden.

Mit einer Portion Idealismus und diesen von der Energie Uster versprochenen Anpassungen kann unseres Erachtens eine Photovoltaikanlage in Kombination mit der KEV oder der Solarstrombörse sinnvoll und finanziell tragbar betrieben werden. Wir freuen uns auf weitere Diskussionen mit der Energie Uster, um mit ihr zusammen den Atomausstieg zu beschleunigen.

*Ursula Räuftlin
Gemeinderätin Grünliberale*

Fraktionserklärung:

Petra Bättig

Fraktionserklärung – Kinderbetreuung in Uster

Nänikon, 11. April 2012

*Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident
Geschätzte Anwesende*

„Ustermer Eltern in Not, weil es zu wenig Tagesfamilien gibt“ – dies war die Schlagzeile auf der Frontseite von regio.ch vom 29. März 2012. Eltern sind in Uster wirklich in Not. Es hat nämlich nicht nur zu wenig Tagesfamilien, sondern auch noch immer zu wenig Krippenplätze... Gemäss der neuen Rechnung warten in Uster aktuell 90 Kinder auf einen Platz in einer FEB Krippe. Das sind 5 Kinder mehr als im Vorjahr. Zudem hat kürzlich eine weitere private Krippe geschlossen. Die Situation für Eltern, welche gern arbeiten möchten oder arbeiten müssen, ist schwierig, nein eigentlich

unmöglich. In der Not wird heute gar eine Nanny aus Ungarn nach Uster eingeflogen! Sie alle haben mein Lamento hier ja schon öfters gehört. Ich möchte mich nicht nochmals wiederholen.

Doch es ginge eben auch anders. ‚Gutscheine statt Subventionen‘ heisst eine weitere Schlagzeile, diesmal aus der NZZ vom 28. Februar 2012. In Luzern wird das System mit Gutscheinen, welches in einem Pilotprojekt getestet wurde, nun definitiv eingeführt. Denn das System ist sehr erfolgreich: In Luzern gibt es heute genügend und günstige Kinderbetreuungsplätze! Dank der Einführung der Betreuungsgutscheine sei das Angebot deutlich gewachsen. Statt 145 subventionierte Plätze wie noch 2008 stehen in Luzern heute rund 1000 Betreuungsplätze – also siebenmal so viel wie noch vor drei Jahren – zur Verfügung! Inzwischen sind spezifische Förderangebote entstanden, etwa für die Integration von Kindern mit besonderen Bedürfnissen oder zum Deutsch lernen. Die Konkurrenz unter den Krippen ist also nur positiv für Eltern und Kinder.

Kommt Ihnen dieses System bekannt vor? Genau, Betreuungsgutscheine wollten wir von der FDP/JFU im vergangenen Jahr auch in Uster einführen. Doch damals hiess es, in Uster hätten wir eigentlich bereits so ein ähnliches System. Eine Änderung bringe nichts und es werde in Uster bald genügend Plätze zur Verfügung stehen. Unser Vorschlag wurde vom Stadtrat und Gemeinderat abgelehnt.

Nun, heute haben wir noch mehr Kinder auf der Warteliste. Passiert ist nichts. Nach der Annahme des Gegenvorschlages zur Volksinitiative ‚Kinderbetreuung Ja‘ vom 13. Juni 2010 sind die Gemeinden verpflichtet ab 2013, ein bedarfsgerechtes Angebot an familienergänzender Betreuung zur Verfügung zu stellen. Uster hat folglich noch viel Arbeit vor sich. Vielleicht würde es sich nun doch lohnen, einmal bei den Kolleginnen in Luzern nachzufragen, wie es zu dieser wundersamen Vermehrung von Betreuungsplätzen kam? Oder ist die Wohnstadt am Wasser nur eine Wohnstadt für DINKs und Singles? Macht endlich vorwärts!

Petra Bättig-Frey

1 Mitteilungen

Der Vorsitzende verweist auf die Aktenaufgabe. Dort liegt u.a. auch die Einladung zur ersten Abfüllung des Usterbräu Original auf.

Alle Gemeinderäte werden gebeten, ihre Stundenrapporte für das Amtsjahr 2011/2012 auszufüllen, vom Kommissionspräsidium signieren zu lassen und dem Parlamentsdienst bzw. dem Präsidium einzureichen.

Der Vorsitzende erwähnt hier noch den erfreulichen Beitrag des Lotteriefonds des Kantons Zürich über Fr. 300'000 zugunsten Investitionen für die Kleinkunsthöhne Central. Diese positive Nachricht aus Zürich gibt dem Central hoffentlich einen weiteren Schub für einen guten Start und Aufbau in den kommenden Monaten.

2 Protokollabnahme

Das Protokoll der 21. Sitzung des Gemeinderates vom 19. März 2012 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Abs. 4 i.V.m. Art. 67 Abs. 4 der Geschäftsordnung als genehmigt.

3 Konstituierung für das Amtsjahr 2012/2013

o Wahl der Stimmzähler

Der Präsident informiert, dass gemäss Artikel 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates die Stimmzähler jedes Jahr zu wählen bzw. zu bestätigen sind.

Der Präsident der IFK, Rolf Denzler, schlägt als Stimmzähler Simone Michel, Bruno Modolo und Marianne Siegrist vor.

Der Vorsitzende schlägt vor, diese in globo abzustimmen. Die Ratsmitglieder sind mit diesem Vorgehen einverstanden.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst mit

32 : 0 Stimmen

Als Stimmzähler für das Amtsjahr 2012/2013 werden Simone Michel, Bruno Modolo und Marianne Siegrist gewählt.

Der abtretende Gemeinderatspräsident Cla Famos blickt in seiner Rede auf das vergangene Jahr zurück.

Abschlussrede als Gemeinderatspräsident

Der abtretende Gemeinderatspräsident Cla Famos blickt in seiner Rede auf das vergangene Jahr zurück.

Abschlussrede als Gemeinderatspräsident

Bevor nun die Wahl des neuen Präsidenten vorgenommen wird, möchte ich kurz auf mein Präsidialjahr zurückblicken. Unser amtsältestes Mitglied und Präsident der IFK, Rolf Denzler, hat mich instruiert, dass dies so üblich sei. Einiges, was ich schon am letzten Freitag anlässlich des Jahresschlussessens ausgeführt habe, kann man heute im Anzeiger von Uster nachlesen. Ich möchte mich hier deshalb auf einige wenige weitere Aspekte beschränken. Ich habe mein Präsidialjahr unter das Motto des Propheten Jeremia gestellt: Suchet das Wohl der Stadt! Und ich hoffe mit einiger Zuversicht, dass wir diesem Motto im letzten Jahr nachgelebt haben und uns gemeinsam – im Widerstreit der Ideen – aber trotzdem miteinander auf diese Suche gemacht haben, was das Beste für unsere Stadt Uster ist. Es gab wichtige Geschäfte zu besprechen und zu behandeln. Ich möchte hier nur exemplarisch an die wichtigsten Anträge und Themen erinnern: Gebietsentwicklung Park am Aabach, Planungsgrundlagen für ein neues Schulhaus Krämeracker, 3-Bäder-Betrachtung und Wettbewerbskredit Hallenbad Buchholz, eine umfassende Neuordnung des Einbürgerungsverfahrens, Diskussionen zum Zentrum von Uster, zu Verkehrs- und Energiefragen, zu Prävention und dezentraler Drogenhilfe sowie zur Sicherheit in Uster, verschiedenste Aspekte

von Bildungsfragen (bis hin zur Informatik), aber nicht zu vergessen auch die Kenntnisnahme der Gesamtmelioration (eines Generationenprojekts) und natürlich wie jedes Jahr die Rechnung 2010 und das Budget 2012. Der Rat hat somit im letzten Amtsjahr sehr viele und sehr vielfältige Themen behandelt – und dies meist zügig und ohne dass eine lange Pendenzenliste offen geblieben wäre. Zum Schluss noch eine persönliche Bemerkung: Selbstverständlich gibt ein solches Amt viel zu tun, das ist bekannt. Ich möchte aber rückblickend auch festhalten, dass das Amt des Gemeinderatspräsidenten in Uster nach wie vor miliztauglich ist. Ich habe in diesem Jahr meinen beruflichen Verpflichtungen vielleicht nicht ganz wie gewohnt, aber trotzdem vollauf gerecht werden können. Das Amt ist anstrengend, aber auch lohnend, weil man mit sehr vielen Menschen in Uster in Kontakt kommt und Uster noch einmal ganz neu und besser kennen lernt. Ich bedanke mich noch einmal bei allen, die mich in meiner Aufgabe unterstützt haben, insbesondere bei den beiden Parlamentssekretärinnen und bei meiner Partei, der FDP. Die Liberalen, ganz speziell aber auch bei meiner Familie, die mir den nötigen Support gegeben hat. Und ich wünsche meinem Nachfolger von Herzen viel Erfolg und alles Gute.

Wir kommen zur Wahl des Gemeinderatspräsidenten für das Amtsjahr 2012/2013:

o **Wahl des Präsidiums**

Rolf Denzler schlägt namens der IFK Walter Strucken (SP) zur Wahl vor. Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Gemäss Art. 36, Ziff. 1, Abs. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderates erfolgt die Wahl geheim.

Ergebnis der Wahl

Ausgeteilte Stimmzettel	33
Absolutes Mehr	17
Ungültige Stimmen	0
Leere Stimmzettel	1
Vereinzelte Stimmen	1

Als Präsident für das Amtsjahr 2012/2013 ist mit 31 Stimmen gewählt:

Walter Strucken (SP)

Im Anschluss an den Wahlgang übernimmt der neu gewählte Präsident die Leitung der Sitzung.

Rede des antretenden Gemeinderatspräsidenten

Ansprache GR-Präsidium

*Liebe Kolleginnen und Kollegen vom Gemeinderat
sehr geehrter Herr Stadtpräsident
sehr geehrte Damen und Herren vom Stadtrat
sehr geehrter Herr Stadtschreiber
sehr geehrte Herren von der Presse
geschätzte Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne*

Ich bedanke mich bei euch, liebe Kolleginnen und Kollegen vom Gemeinderat für diese Wahl und das damit ausgesprochene Vertrauen.

Ich danke dir, Cla Famos, für deinen zusätzlichen Einsatz als Ratspräsident im vergangenen Ratsjahr. Ich danke dir auch für die umsichtige und sichere Art, wie du uns durch die Geschäfte geführt hast.

Ich freue mich auf dieses Präsidialjahr. Es wird ein spannendes Jahr mit wichtigen Entscheidungen für die Zukunft unserer Stadt. Schon die Traktandenliste der heutigen Sitzung belegt dies. Seit unserer Heirat im Jahr 1970 ist Uster auch meine Stadt geworden, wo ich gerne zu Hause bin und mich wohl fühle. Unser Wohnsitz fiel übrigens auf Uster, weil meine Frau eine Stelle als Kindergärtnerin im Schulhaus Pünt gefunden hat und uns die damalige Kindergartenkommissionspräsidentin bei der Suche einer Wohnung behilflich war. So eine Aktion kann man sich heute kaum mehr vorstellen und zeigt auf, was für eine gewaltige Entwicklung in diesen 40 Jahren in Uster stattgefunden hat.

Ich danke an dieser Stelle meiner Frau ganz herzlich für die zugesicherte Unterstützung in diesem Jahr und hoffe insbesondere auf die nötige Freistellung bei der Garten- und Haushaltarbeit.

Ich habe einmal ausgerechnet, dass beim aktuellen Gemeinderat rund 147 Jahre an Ratserfahrung zusammenkommt. Das tönt nach viel und macht Eindruck. Aber schon die einfache Rechnung geteilt durch die Anzahl Ratsmitglieder ergibt die kleine Zahl 4, d.h. durchschnittlich kommt nur 1

Legislatur pro GR-Mitglied zusammen. Das ist schon wenig, aber ein Blick auf die effektive Verteilung zeigt ein noch düsteres Bild:

Diese vier Jahre entfallen nämlich nur auf 5 Ratsmitglieder.

Drei Ratsmitglieder sind verdienstvolle 10 bis 14 Jahre dabei, und bei 11 Mitgliedern sind es immerhin zwischen 5 und 8 Jahre.

17 Ratsmitglieder, also die Hälfte des Rates sind erst seit kurzem oder weniger als zwei Jahre im Amt.

Da hat mir zu Denken gegeben, warum ist das so?

Es ist doch eine spannende Arbeit in einem Gremium mitzuarbeiten, wo so viele Fähigkeiten und Ressourcen zusammenkommen. Es macht auch Sinn, dass mit unserer Arbeit etwas für die Verbesserung der Lebensqualität in unserer Stadt beigetragen werden kann, so dass auch unsere Kinder und Enkel von unseren Entscheiden profitieren können.

Mir ist mir in den Sinn gekommen, was der damalige Alterspräsident und Parteikollege Rolf Graf bei der Eröffnung der laufenden Legislatur gesagt hat. Ich möchte ihn da zitieren (er hat es mir erlaubt), ich könnte es nämlich nicht besser formulieren. Er sagte nach der Begrüssung der acht neu gewählten Ratsmitglieder:

„...Aber ich kann euch versichern, es lohnt sich, in Uster zu politisieren, denn es macht Spass und ist kolossal spannend - > nicht immer aber meistens

denn man kann etwas bewegen - > nicht alles aber vieles

und manchmal gehört man sogar zur Mehrheit - > nicht immer gleich oft aber doch auch ab und zu

und vor allem, man weiss, wieso etwas in der Stadt Uster so ist wie es ist, selbst wenn man bei der Entscheidung zur Minderheit gehört hat.“

Auch ich habe es selbst erlebt, dass politische Prozesse nebst der nötigen Hartnäckigkeit häufig auch Geduld brauchen. Der Gemeinderat kann einiges bewegen und bewirken. Denken wir nur an ein paar Beispiele wie die Einführung der Schulsozialarbeit, Tagesstrukturen an den Schulen und die jetzt im Gang befindliche Realisierung eines neuen Kulturzentrums.

Je länger man dabei ist, desto besser kann man die Entwicklung eines Geschäftes oder eines Anliegens verfolgen. Wer weiss, vielleicht erlebe ich es noch, dass wir im Gemeinderat über eine zukunftsweisende Altersstrategie abstimmen können! Die Alterskonferenz vom letzten Samstag in Nänikon stimmt mich da zuversichtlich.

Darum mein Aufruf: Liebe Kolleginnen und Kollegen, bleibt dabei, seid hartnäckig im Verfolgen der Ziele, kompromissbereit und geduldig.

Ich danke für ihre Aufmerksamkeit.

Walter Strucken

○ **Wahl des 1. Vizepräsidiums**

Rolf Denzler schlägt namens der IFK Gabi Seiler (SVP) zur Wahl vor. Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Gemäss Art. 36, Ziff. 1, Abs. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderates erfolgt die Wahl geheim.

Ergebnis der Wahl

Ausgeteilte Stimmzettel	33
Absolutes Mehr	17
Ungültige Stimmen	0
Leere Stimmzettel	2
Vereinzelte Stimmen	1

**Als 1. Vizepräsidentin für das Amtsjahr 2012/2013 ist mit 30 Stimmen gewählt:
Gabi Seiler (SVP).**

○ **Wahl des 2. Vizepräsidiums**

Rolf Denzler schlägt namens der IFK Walter Meier (EVP) zur Wahl vor. Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Gemäss Art. 36, Ziff. 1, Abs. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderates erfolgt die Wahl geheim.

Ergebnis der Wahl

Ausgeteilte Stimmzettel	33
Absolutes Mehr	17
Ungültige Stimmen	0
Leere Stimmzettel	4
Vereinzelte Stimmen	2

**Als 2. Vizepräsident für das Amtsjahr 2012/2013 ist mit 27 Stimmen gewählt:
Walter Meier (EVP).**

4 Ersatzwahl für die restliche Amtsdauer 2010/2014

Ersatzwahl für den ausgetretenen Peter Grob in die Kommission KPB

Der Präsident der IFK, Rolf Denzler, schlägt als Mitglied der KPB Seyhan Kähya (SP) vor. Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 31 Stimmen

Zum Mitglied der KPB wird Seyhan Kähya (SP) gewählt.

5 Antrag des Stadtrates betreffend städtebauliches Entwicklungskonzept "Testplanung Zentrum Uster", Synthese der durchgeführten Testplanung, Nutzungskonzept Zeughausareal sowie weiteres Vorgehen (Antrag Nr. 114/2011)

Für die Kommission Planung und Bau referiert **Balthasar Thalmann**.

*Herr Präsident
Geschätzte Anwesende*

Vor drei Jahren hielt ich an dieser Stelle bereits das KPB-Referat zum städtebaulichen Entwicklungskonzept Zeughausareal zum sogenannten 5-Phasen-Plan. Es war mir damals eine Ehre dies zu tun – so wie es mir heute auch eine ist.

Wir entscheiden heute über einen ganz wichtigen Schritt für die Zukunft von Uster. Die KPB hat sich denn auch viel Zeit genommen, den Antrag des Stadtrats zu diskutieren – an drei Sitzungen und an einem Augenschein. Zudem haben einige Parteien separate Diskussionsveranstaltungen durchgeführt. Das Wichtigste vorweg: die KPB empfiehlt dem Gemeinderat mit 7:1 Stimmen, dem stadträtlichen Antrag zuzustimmen. Um was geht es aber genau:

Wir stehen heute am Ende der 2. Phase des sogenannten 5-Phasen-Plans, den die Stimmberechtigten am 27. September 2009 zugestimmt haben. Wir stellen heute die Weichen für die künftige Nutzung des Zeughausareals.

Zum einen beantworten wir heute die Frage, ob das neue Kulturzentrum auf dem Zeughausareal realisiert werden soll. Zum anderen definieren wir auch Eckwerte für die nächste Phase. In der Phase 3 ist nämlich vorgesehen, gemeinsam mit der armasuisse einen Architekturwettbewerb über das ganze Zeughausareal durchzuführen. Das Resultat dieses Wettbewerbs wird dem Gemeinderat dann zur Kenntnis gebracht. Er entscheidet darauf gestützt auch über das weitere Vorgehen.

Die genannten Eckwerte für die nächste Phase sind folgende:

die Ausnützung über das gesamte Zeughausareal soll mindestens 150% betragen, d.h. dass pro m² Grundstückfläche 1.5m² Geschossflächen realisiert werden sollen.

Die Struktur der bestehenden Zeughausbauten sollen auch in Zukunft ablesbar bleiben.

Das Nutzungsprogramm für ein Kultur- und allenfalls ein Tagungszentrum, welches der Stadtrat definiert hat, soll gelten. Für die Kleinkunsthöhle (Qbus) soll allerdings eine eigenständige Lösung auf dem Areal gesucht werden.

Auf dem Arealteil der armasuisse Immobilien soll eine gemischte Nutzung angestrebt werden.

Und nicht zuletzt soll der Gemeinderat heute Abend dem Stadtrat die Unterstützung für die Erarbeitung von Gestaltungsplänen über die Gebiete Bezirksgericht, Am Stadtpark und Poststrasse zusichern.

Als Grundlage für all diese Entscheide hat der Stadtrat eine Testplanung Zentrum Uster durchgeführt. Der Perimeter dieser Testplanung erstreckte sich vom Stadthaus bis zum Zeughaus und vom Bahnhof bis zum Stadtpark. Die beiden eingeladenen Architektenteams hatten zum einen die Aufgabe, das städtebauliche Entwicklungspotenzial in diesem Perimeter auszuloten. Auf Deutsch heisst das, dass diese Teams sich Gedanken darüber gemacht haben, was wo wie viel gebaut werden kann, welche Räume frei gehalten werden müssen, welches wichtige Eckpunkte sind und wie das Zentrum als gesamtes funktionieren soll.

Zum anderen hatten die Teams die Aufgabe, die Frage zu beantworten, wo sinnvollerweise das neue Kulturzentrum angesiedelt werden soll.

Diese Testplanung hat gezeigt, dass das städtebauliche Entwicklungspotenzial im Zentrum riesig ist. Was das ungefähr bedeuten kann, hat das Wirtschaftsforum letzte Woche mit Visualisierungen nochmals veranschaulicht. Weiter hat die Testplanung ergeben, dass ein Kultur- und

Tagungszentrum auf dem Areal des heutigen Stadthofsaals nicht schlu untergebracht werden kann. Die Teams haben deshalb empfohlen, das neue Kulturzentrum allenfalls kombiniert mit einem Tagungszentrum auf dem Zeughausareal anzusiedeln.

Was haben wir nun in den drei Sitzungen in der KPB diskutiert? Am wenigsten über die Resultate der Betrachtung des gesamten Perimeters. Man war sich einig, dass es im Zentrum einen eigentlichen Massstabsprung braucht was die bauliche Dichte und die Nutzungsintensität betrifft. Man war sich also auch einig, dass der Stadtrat die Areale Bezirksgericht, Jelmoli und Am Stadtpark weiterentwickeln soll. Die KPB war sich auch einig, dass in erster Priorität wohl das Bezirksgerichtsareal entwickelt werden soll, mit der Perspektive, einen weiteren Grossverteller im Ustermer Zentrum anzusiedeln.

Der Entscheid, das neue Kulturzentrum auf dem Zeughaus zu realisieren, brauchte deutlich mehr Diskussion. Man war sich einig, dass unabhängig von der Nutzung eine vernünftige Entwicklung des Areals des heutigen Stadthofsaals nur gemeinsam mit dem benachbarten Areal „Swisscom-Gebäude“ erreicht werden kann. Das Areal des Swisscom-Gebäudes befindet sich in der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen. Die heutige Nutzung des Gebäudes ist weitgehend nicht zonenkonform.

Wenn man die Areale Stadthofsaal und Swisscom-Gebäude zusammennimmt hätte ein Kultur- und Tagungszentrum theoretisch Platz. Die heutige Theaterstrasse, welche vor dem Eingang des Stadthofsaals vorbeiführt, ist eine sehr wichtige Achse. Über diese Achse soll der Stadtpark auch in Zukunft an das Zentrum angebunden sein. Dies bedeutet also, dass auch mit einer gemeinsamem Planung der Areale Stadthofsaal und Swisscom-Gebäude diese Achse freigehalten werden muss. Eine ebenerdige Verbindung käme also nicht in betracht, und auch eine Verbindung über ein Obergeschoss wird von der KPB eher als problematisch angeschaut. Die KPB hat sich überzeugen lassen, dass ein Kulturzentrum auf am heutigen Stadthofsaalareal eine „gnietige“ Sache würde. Sie folgt daher dem Stadtrat und empfiehlt, auf dem Zeughausareal das neue Kulturzentrum zu realisieren.

Für die KPB steht die Realisierung eines neuen Kulturzentrums im Vordergrund. Sollte sich im Laufe der weiteren Planung zeigen, dass auch ernsthafte Interessen an einem Tagungszentrum bestehen, so steht die KPB diesem Ansinnen positiv gegenüber. Die KPB vertritt aber auch die klare Meinung, dass im neuen Kulturzentrum die Kultur Vorrang hat. Es dürfe dann also nicht sein, dass aufgrund von Bedürfnissen des benachbarten Tagungszentrums plötzlich die kulturelle Nutzung eingeschränkt würde.

So wie ich die KPB verstanden habe ist die Kommission auch der Meinung, dass der neue Saal nicht nur für 700 ZuschauerInnen – so wie es der Stadtrat in seinem Raumprogramm definiert hat – sondern für 1000 ZuschauerInnen konzipiert werden soll.

Was die Ausnützung, den Umgang mit den bestehenden Zeughausbauten und mit der Kleinkunsthöhne anbelangt, folgt die KPB dem Antrag des Stadtrates.

Zum Schluss möchte ich noch drei Diskussionspunkte erwähnen.

Für die KPB ist klar, dass der Anbindung des Zeughausareals an das heutige Zentrum ein besonderes Gewicht beigemessen werden muss; dass also der Sprung über die Berchtoldstrasse bzw. die Integration der Berchtoldstrasse in den Stadtraum geschafft werden muss.

Über die mögliche Nutzung der westlichen Arealhälfte, also über den Teil der armasuisse, bestehen noch keine klaren Vorstellungen. In der KPB wurden Bedenken gegenüber Wohnnutzungen angemeldet; in dem Sinne, dass die unmittelbare Nachbarschaft zu einem lebhaften Kulturzentrum zu Konflikten führen könnte. Weiter gibt es aber kein klares Meinungsbild aus der KPB zur Nutzung dieses Arealteils. Die offene Formulierung der künftigen Nutzung des armasuisse-Teils war für ein KPB-Mitglied ausschlaggebend für die Ablehnung des Antrags.

Nicht zuletzt hat die KPB auch intensiv über die Nachfolgenutzung des Stadthofsaals diskutiert. Diese Diskussion blieb jedoch ohne klare Resultate. Man war sich einig, dass für diese Frage noch genügend Zeit ist und Ideen auch zuerst noch reifen müssten. Entgegen der im Antrag des Stadtrats geäusserten Idee ist die KPB nicht der Meinung, dass die künftige Nutzung des Stadthofsaals für die Finanzierung des neuen Kulturzentrums relevant ist bzw. damit verknüpft werden darf.

Nach der gewalteten Diskussion stimmte die KPB ab. Wie bereits erwähnt, empfiehlt sie mit 7:1 Stimmen, dem Antrag 114 des Stadtrates zuzustimmen.

Besten Dank.

Balthasar Thalmann

Der Stadtrat wünscht nicht das Wort.

Ursula Räuftlin

Antrag:

Das Dispositiv 2 des vorliegenden Antrages wird wie folgt geändert:

- 2. Der Stadtrat wird beauftragt, den Wettbewerb der Phase 3 zusammen mit der armasuisse Immobilien auf der Basis der nachfolgenden Kriterien/Nutzungen durchzuführen:*
 - Die angestrebte Ausnutzungsziffer über das gesamte Areal soll ca. 150 % betragen.*
 - Die Struktur der vier bestehenden Zeughausbauten soll auch in Zukunft ablesbar bleiben.*
 - **Auf dem Landanteil der Stadt Uster soll für das Wettbewerbsprogramm das im Synthesebericht auf Seite 17 aufgelistete Nutzungsprogramm für ein Kultur- und allenfalls Tagungszentrum überprüft und angepasst werden***
 - **für die Kleinkunsthöhle (Qbus) muss eine eigenständige Lösung auf dem Areal gesucht werden.***
 - Auf dem Arealteil der armasuisse Immobilien soll eine gemischte Nutzung angestrebt werden.*

Begründung:

Im vorliegenden Antrag geht es im Dispositiv 2 konkret um die Fortsetzung des 5-Phasenplanes für die Entwicklung des Zeughausareales in Form des Wettbewerbes und die im Wettbewerbsprogramm zu definierenden Vorgaben. Im Hinblick darauf, dass Uster wächst und urbaner werden soll, scheint uns das im Synthesebericht enthaltene Nutzungsprogramm für das Kulturzentrum etwas gar bescheiden. Für eine Stadt von der Grösse wie Uster darf unseres Erachtens ein Saal mit 1000 Plätzen realisiert werden. Um den Saal vielfältiger nutzen zu können ist zu prüfen, ob eine Möglichkeit der Unterteilung sinnvoll realisiert werden kann. Wir sollten uns hier nicht lumpen lassen und zu bescheiden planen.

Da im Antrag des Stadtrates das Nutzungsprogramm als verpflichtend für den Wettbewerb enthalten ist, soll der Antrag dahingehend geändert werden, dass dieses Nutzungsprogramm zwingend nochmals zu prüfen und anzupassen ist.

Wir von der GLP-EVP-CVP-Fraktion bitten Sie, den vorliegenden Änderungsantrag zum Antrag 114 zu unterstützen.

Ursula Räuftlin

Gemeinderätin Grünliberale

Ursula Räuftlin hält nun auch noch ihr Fraktionsreferat.

*Sehr geehrter Präsident,
geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen*

Die in der Phase 2 des städtebaulichen Entwicklungskonzepts „Zeughausareal Zentrum“ durchgeführte Testplanung wurde als partizipatives Planungsverfahren durchgeführt und bildet den wesentlichen Schritt zur Festlegung der zukünftigen Nutzungen im Zentrum von Uster. Für die Wahl dieses Vorgehens mit dem Einbezug so vieler Betroffenen möchten wir uns bei der Stadt bedanken.

Mit über 30'000 Einwohnerinnen und Einwohnern sollte Uster städtischer werden. In der vergangenen Zeit hat sich Uster in der Peripherie weiterentwickelt. In der Hohfuhren, im Gschwader sind dabei reine, aber relativ dichte Wohnquartiere, in der Loren ein durchmisches urbanes Quartier mit Wohnen und Gewerbe entstanden. Auch auf dem Zellwegerareal und im Eschenbühl wird vorwiegend Wohnraum entstehen. Es ist nun an der Zeit, dass sich der Kern von Uster vom grossen Dorf zur Stadt entwickelt.

Im Stadtzentrum sollen aus der Sicht der GLP-EVP-CVP-Fraktion deshalb durchmischte urbane Quartiere mit vielfältigen Einkaufsmöglichkeiten, attraktiven Kultur- und Begegnungsstätten, Gewerbe und Wohnungen entstehen. Mit der Testplanung Zentrum Uster hat der Stadtrat nun eine Planung durchgeführt, die sich insbesondere mit dem Zeughausareal und dem Stadthof auseinandersetzt, aber auch das ganze Zentrum einbezog. Wir begrüßen diese Öffnung des Planungsumfangs.

Im vorliegenden Antrag geht es im Dispositiv 2 konkret um die Fortsetzung des 5-Phasenplanes für die Entwicklung des Zeughausareales in Form des Wettbewerbes und die im Wettbewerbsprogramm zu definierenden Vorgaben. Im Hinblick darauf, dass Uster wächst und urbaner werden soll, scheint uns die vorgegebene angestrebte Ausnutzungsziffer von 150% als sinnvolle Vorgabe. Dass auf dem Areal ein Kultur- und Tagungszentrum entstehen soll unterstützen wir. Eine Kleinkunstbühne muss unseres Erachtens nicht im selben Gebäude untergebracht werden, wie das neue Kulturzentrum. Eine eigenständige Lösung in einem der bestehenden und zu erhaltenden Zeughäusern scheint uns da, wie im Antrag bereits formuliert, sinnvoller. In Anbetracht des anhaltenden Bevölkerungswachstums ist unseres Erachtens das Nutzungsprogramm für das Kulturzentrum etwas gar bescheiden. Für eine Stadt wie Uster darf ein Saal mit 1000 Plätzen realisiert werden. Um den Saal vielfältiger nutzen zu können ist eine Möglichkeit der Unterteilung vorzusehen, damit parallel zwei verschiedene Veranstaltungen stattfinden könnten.

Wesentlich für die Zentrumsentwicklung von Uster ist aus Sicht unserer Fraktion, dass sowohl der fahrende wie auch der ruhende Verkehr aus dem Stadtzentrum wegkommen. Damit das Zeughausareal an das Stadtzentrum angebunden werden kann, darf das Verkehrsaufkommen auf der Berchtoldstrasse nicht noch mit dem Bau einer Unterführung Winterthurerstrasse erhöht werden. Die beiden grossen oberirdischen Parkplätze beim Jelmoli und auf dem Schlüsselareal sollen durch von der Zürichstrasse erschlossene Parkhäuser ersetzt werden. Dadurch wird der Weg frei, wie im Dispositiv 3 angedeutet, den Bereich Poststrasse- Gerichtsstrasse mittels Gestaltungsplan zu mehr Attraktivität zu verhelfen. Die Projektstudie des WFU, die letzte Woche vorgestellt wurde, zeigt uns hier interessante Lösungsansätze auf, die es weiterzuverfolgen gilt. Wir fordern den Stadtrat auf, die Ausarbeitung der privaten Gestaltungspläne aktiv zu unterstützen und voranzutreiben.

Wir von der GLP-EVP-CVP-Fraktion beauftragen den Stadtrat den Wettbewerb für die Phase 3 der Entwicklung Zeughaus mit den erwähnten Vorgaben aufzugleisen und bitten Sie unseren Änderungsantrag zuzustimmen.

*Ursula Räuftlin
Gemeinderätin Grünliberale*

Ruedi Locher

*Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen*

*Uster hat keine Altstadt, heute können wir, wenn wir wollen,
und wir von der FDP/JFU wollen,ja zu einer Neustadt sagen.*

Wir unterstützen den Änderungsantrag der GLP/EVP/CVP.

Ich möchte hier nicht den Antrag 114 per se kommentieren, sondern die heutige Gelegenheit und Verantwortung für die bauliche Entwicklung vom neuen Ustermer Zentrum, mit dem Zeughausareal hervorstreichen.

Es ist dem Stadtrat Uster gelungen, zusammen mit allen Parteien, und im Speziellen mit dem Wirtschaftforum Uster und einem Architektenteam eine Studie vorzulegen, welche in hohem Masse die verschiedensten Ziele und Vorstellung vereint. Ich möchte die jüngste sehr wertvollen Dokumentation „Ein attraktives Zentrum für Uster“, für welche der Präsident des WFU (Hr. Peter Bühler, Gast auf der Tribüne) zeichnet, besonders hervorheben und verdanken.

Heute stimmen wir über einen wichtigen Meilenstein ab; über die Planung, oder anders gesagt, über den Weg zur Vision für das neue Ustermer Zentrum. Das Konzept des neuen Zentrums wurde am letzten Freitag vom WFU vorgestellt. Ein perfekt visualisiertes Leitbild, eine detaillierte Orientierungsgrundlage, attraktiv illustriert, gut dokumentiert, gut recherchiert, Parzellengenau und mit einer Grob-Investitionskostenschätzung.

*Der persönliche Kommentar unseres Stadtpräsidenten Martin Bornhauser:
Visionär, städtisch, ja sogar neustädtisch, sehr gut, optimal.*

Die FDP/JFU Fraktion freut es sehr, dass die Planung und Umsetzung zusammen mit den Grundeigentümern verwirklicht werden kann. Die neue hohe Ausnutzungsziffer erlaubt eine dichte Zentrumsbebauung, und lässt so viel Raum für Plätze, Bewegungszonen, Verbindungswege u. Verkehrserschliessungen einzelner Gebäudekomplexes.

Das verkehrsfreie Zentrum ist ebenso Teil der Vision, Teil der Neustadt Uster.

Neue Anbieter, neue Brands, garantieren höhere Frequenzen im Zentrum, die Grundlage für jede private Investition und Neubautätigkeit.

Das Kultur- und Tagungszentrum erweitert das Zentrum neu im Westen. Der Zubus (so nenne ich für heute den Qubus im Zeughaus) wird die alten Zeughausgebäulichkeiten mit Kleinkunst und Kultur füllen können. Das Tagungszentrum als Anziehungsort und das Kulturzentrum als Stadthofsaal Ersatzbau mit Restaurant und Bar.

Die hintere Bahnhofstrasse soll Dank zahlreichen Lädeli, Kleingewerbe und Gastrobetriebe endlich zum Leben erweckt werden.

Ein ja gibt der Exekutive klare Zeichen für die Planung der Neustadt Uster. Und für die Investoren bedeutet dies, eigene Ideen und Pläne zu entwickeln und umzusetzen.

Wir bejahen diesen Antrag für ein neues Uster.

Für die FDP/JFU Fraktion

Rudolf Locher

Simone Michel

Eigentlich ging es darum, die 3. Phase des Entwicklungskonzeptes „Zeughausareal Uster“ einzuleiten. Weil sich dabei unweigerlich die Frage stellt, welche Entwicklung Uster bezüglich Bevölkerungsdichte und Nutzung im Zentrum durchmachen wird und wie die nähere Umgebung des Zeughausareal aussehen wird, ist viel Zeit und Hirnschmalz verwendet worden für die Entwicklung von Ideen zur Planung eines künftigen Zentrums Uster - und damit ist das Gebiet

zwischen Stadthaus und dem Zeughausareal auch Gegenstand dieser Vorlage, zumindest im Dispositiv 3.

Nun der Reihe nach:

Zu Dispositiv 1: Ein Kultur- und allenfalls Tagungszentrum auf dem Zeughausareal soll entstehen, dazu sagen wir Grünen ja.

Zu Dispositiv 2:

a-Die Ausnutzungsziffer muss im Auge behalten werden. Wird das gesamte hier betrachtete Areal zwischen dem Zeughaus und dem Stadthaus – wie es auch die Studie des Wirtschaftsforums Uster für eine attraktivere Flanier- und Shoppingmeile empfiehlt - mit einer grösseren Ausnutzungsziffer von 2-2.5 entwickelt, wäre es allenfalls sinnvoll, auf dem Zeughausareal auch eine höhere Ausnutzungsziffer zu lassen und dafür einen grösseren offenen städtischen Platz zu gewinnen. Die nähere Zukunft wird weisen, ob hier Anpassungsbedarf besteht.

b-„Die Struktur der 4 bestehenden Zeughausbauten soll auch in Zukunft ablesbar sein“, ist auch unsere Meinung und nicht nur, weil die Bauten sowieso unter Schutz stehen. Es gibt viele schöne Beispiele, wie bestehende Zeitzeugen ästhetisch ansprechend in moderne Architektur eingeflochten werden. Wir sind zuversichtlich, dass sich so was auch auf dem Zeughausareal verwirklichen lässt.

c-Wir stimmen mit den Grünliberalen und der Vorlage überein: Für den Qbus eine eigene Lösung zu finden ist wichtig, um verschiedenen Kunstrichtungen auf demselben Areal eine Heimat zu geben. Ob es zwingend nötig ist, alle Veranstaltungsorte auf demselben Areal zu haben, wird sicher immer wieder Thema sein und muss immer wieder neu beantwortet werden. Mit der flexiblen Gestaltung von Räumen (Stichwort Vario-Halle) können aber sicher viele Bedürfnisse abgedeckt werden. Weiter können wir und mit dem 2. Teil des Änderungsantrages der GLP auch einverstanden erklären.

d-„Auf dem Arealteil der armasuisse Immobilien soll eine gemischte Nutzung angestrebt werden.“ Wie wir schon vor der Annahme des 5-Phasen-Planes gesagt haben: Das Zeughausareal ist Zone öffentlicher Bauten und so soll es unserer Meinung nach bleiben! Wie gross unser Einfluss auf die Entwicklung dieses Teiles ist, der vorläufig im Besitz der armasuisse Immobilien bleibt, werden wir in der nächsten Phase der Entwicklung, bei der Vorlage des Gestaltungsplanes, sehen.

Das Dispositiv 3 bezieht sich auf das gesamte Gebiet zwischen dem Stadthaus und dem Zeughausareal und umfasst damit auch den Teil von Uster, der für eine autofreie Flaniermeile prädestiniert ist. Es ist zentral, dieses Gebiet mit seiner ganzen künftigen Entwicklung mit zu denken. Mögliche Zukunftsvisionen sind sowohl im Bericht „Testplanung Zentrum Uster“ wie auch in der Broschüre des WFU „Ein attraktives Zentrum für Uster“ festgehalten worden. Besonders erfreut sind wir Grünen darüber, dass auch die Studie des WFU einmal mehr klar stellt, dass sich eine attraktive Flanier- und Shoppingmeile nur verwirklichen lässt, wenn das entsprechende Gebiet autofreie Fussgängerzone ist. Wir freuen uns auf eine entsprechende Umsetzung. Kritischer sehen wir andere Punkte, wie beispielsweise dass davon ausgegangen wird, dass trotz steigender Überalterung der Bevölkerung weiterhin vor allem im Zentrum eingekauft werden wird. Die künftig wieder steigende Bedeutung von Quartierlädeli wird dabei unserer Meinung nach unterschätzt. Zu diesen beiden zu Papier gebrachten Studien gäbe es noch viel zu sagen. Wir haben schon und werden weiter noch viele anregende Diskussionen führen zur Entwicklung des Zentrums Uster. - Nun aber zurück zur Vorlage, Dispositiv 3: „ Der GR unterstützt die Bestrebungen des SR“ ist unglücklich formuliert. Wir wollen diesen Punkt nicht als carte blanche an den SR verstanden haben, sondern dass der SR verbindlich dafür sorgt, dass sich die Ausarbeitung der separaten Gestaltungspläne am städtebaulichen Entwicklungskonzept „Testplanung Zentrum Uster“ orientiert, wie es auch fürs Zeughausareal gilt. Für uns ist klar, dass der Stadthofsaal zwingen im Besitz der Stadt Uster bleiben muss, weil er schon heute und erst recht in Zukunft von strategischer Bedeutung ist. Weiter ist es auch zwingend, dass die Erkenntnisse der Studie des WFU, welche am Donnerstag letzte Woche präsentiert wurden, in die Planungsüberlegungen miteinbezogen werden. Wir werden die Entwicklungen diesbezüglich genau mitverfolgen und enthalten uns bei der Abstimmung.

Für die Grünen, Simone Michel

Jean-François Rossier kritisiert vorab, dass der Änderungsantrag der GLP/EVP/CVP so kurzfristig gekommen ist und wie man an der letzten Ratssitzung seine Partei angegriffen habe, als sie an der Sitzung einen Antrag gestellt hatte. Er plädiert für einen 10-minütigen Sitzungsunterbruch, nachdem der Stadtrat seine Meinung dazu abgegeben hat, damit man Fraktionsintern die Sache kurz diskutieren könne. Dies ist ein Ordnungsantrag.

Abstimmung über den Ordnungsantrag:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 30 Stimmen

einen zehnminütigen Sitzungsunterbruch nach der stadträtlichen Stellungnahme einzuschalten.

Obwohl es sich beim vorliegenden Antrag nur um einen weiteren, logischen Meilenstein vom sogenannten Fünf-Phasen-Plans handelt, so ist doch der vorliegende Antrag wegweisend für die weitere Vorgehensweise von der Planung für die zukünftige Nutzung vom Zeughausareal. Im Grossen und Ganzen kann sich unsere Fraktion an den vorliegenden Antrag zustimmend anschliessen.

Dennoch gibt es einige Punkte, mit welchen wir uns kritisch auseinandergesetzt haben. Eine wichtige Fragestellung ist etwa diejenige, was den Standort des zukünftigen Stadthofsaales anbelangt. Da hinterfragen wir kritisch, ob nicht auch der bisherige und aktuelle Standort des heutigen Stadthofsaales in die Evaluation hätte ernsthafter miteinbezogen werden müssen. Überzeugende Argumente wären da sicher die Zentrumsnähe und die Nähe zum Stadtpark. Negativ fallen aber sichtlich die baulichen Einschränkungen und Möglichkeiten ins Gewicht. Kurzum, die architektonischen Möglichkeiten für ein Kultur- und Tagungszentrum auf dem Zeughausareal scheinen uns in dieser Hinsicht jedoch vielfältiger.

Wir erwarten aber, dass der neue Stadthofsaal grosszügiger ausgelegt wird als aktuell vorgesehen. Die angestrebte Besucherzahl vom neuen grossen Saal von aktuell 700 Personen erachten wir als zu gering. Diese Zahl müsste unseres Erachtens eher einer Grössenordnung von 1'000 Personen entsprechen.

Ebenfalls ist die angestrebte Ausnutzungsziffer von ca. 150% nochmals zu überprüfen. Eine Erhöhung nach oben scheint uns in Anbetracht von einer zukunftsgerichteten Planung als eher legitim.

In diesem Zusammenhang erachten wir es ebenfalls als selbstverständlich, dass den heute ansässigen Nutzern auf dem Zeughausareal nicht partout ein Bleiberecht zugestanden beziehungsweise attestiert wird.

Dass in der Planung und letztlich in der Umsetzung ein Hotel mit entsprechender Gastronomie nicht vergessen werden darf, das liegt für uns ebenfalls auf der Hand.

Die Integration des Q-Bus auf dem Zeughausareal hat für uns entgegen dem vorliegenden Antrag nicht Priorität.

Wir können uns im Gegenteil sehr gut vorstellen, dass für die Kleinkunstbühne auch weiterhin ein externer Standort interessanter sein kann.

In Anbetracht von einer zielgerichteten Lösung wird die SVP/EDU-Fraktion dem vorliegenden Antrag Nr. 114 zustimmen.

*Jean-François Rossier
SVP/EDU-Fraktion*

Balthasar Thalmann

Herr Präsident

Geschätzte Anwesende

Nach dem elend langen Kommissionsreferat lege ich kurz und knapp die wichtigsten Punkte der SP-Fraktion dar:

Wir sind der Meinung, dass das Zeughausareal für ein Kulturzentrum viel Potenzial hat. Nicht nur für einen Stadthofsaaersatz, sondern für weitere Institutionen, für Gastronomie, für Kreativwirtschaft etc.

Auch wir würden einen Saal für 1000 Personen begrüßen. Er muss Ambiente haben und sich für Konzerte und Theater eignen. Wir brauchen keine Mehrzweckhalle, die man für alles und für nichts brauchen kann. Wir möchten, dass der jährliche Spott anlässlich der Ustertag-Nachfeier über den Stadthofsaal einer Bewunderung und Lob weicht. Kultur muss im neuen Saal oberste Priorität haben.

Falls auf dem Zeughausareal Wohnen vorgesehen wird, so darf das nur genossenschaftliches Wohnen sein.

Das Grundstück des Stadthofsaaes ist von strategischer Bedeutung. Ein Verkauf kommt für die SP nicht in Frage.

Dann noch drei Punkte zur gesamten Testplanung

Ein Dankeschön an den Stadtrat, dass er dies gemacht und das riesige städtebauliche Potenzial aufgezeigt hat. Politiker würden an meiner Stelle sagen: wir haben's schon immer gesagt, bis jetzt hat's einfach niemand geglaubt.

Der ganze Prozess für ein neues Zentrum Uster erfordert eine intensive Kommunikation und Diskussion. Wenn wir das Zentrum so massiv umbauen wie angedacht, dann hat dies in 10 – 20 Jahren ein ganz anderes Gesicht. Umso wichtiger ist, dass einerseits bestehende wichtige identitätsstiftenden Elemente erhalten bleiben und andererseits auch neue im Sinn von öffentlichen Räumen geschaffen werden. Dass die Zeughäuser erhalten werden müssen, ist vor diesem Hintergrund fast schon ein Glücksfall. Wie man es aus anderen Entwicklungsplanungen in dieser Grössenordnung kennt, wäre ein dauernd öffentlich zugänglicher Raum mit Infos, Modellen etc. an zentraler Lage für eine erfolgreiche Prozessgestaltung hilfreich.

Die Stadt muss nun sofort die Sicherung der öffentlichen Räume an die Hand nehmen und sukzessive die notwendige Aufwertung an die Hand nehmen. Man muss nicht auf das Bauen des Kulturzentrums warten. Ganz zentral ist dabei die Umgestaltung der Berchtoldstrasse, der Gerichtsstrasse und eine attraktive und logische Anbindung des Zeughausareals an den Bahnhof.

Besten Dank.

Balthasar Thalmann

Stadtrat Thomas Kübler ergreift das Wort. Er nimmt Stellung zum gestellten Abänderungsantrag. In Zürich werden heute historische Gewänder getragen (Sechseläuten) und Uster hat heute die Chance, zur Zentrumsentwicklung einen Entscheid zu fällen. Er bedauert es, wenn Parteien sich der Stimme enthalten wollen. Man hat intensive Sitzungen in der KPB erlebt und auch ausserhalb wurde intensiv diskutiert. Das WFU hat vor vier Tagen eine Studie lanciert und nimmt auf, was die Testplanung plant. Nun ist auch politischer Rückenwind benötigt. Es geht nicht allein um das Zeughausareal, es geht auch um die anderen betroffenen Parzellen, deren Grundeigentümer nicht die Stadt ist, man möchte mit diesen Eigentümer und dem Gewerbe in Kontakt treten und Verhandlungen führen, deshalb ist der Rückenwind des Rates so wichtig. Dass die Ziffer 3 des Dispositives so grosse Mehrheit findet, stimmt ihn froh. Zu den Grünen meint er, dass man die Ausnützungsziffer sicher nochmals prüfen werde und dass die Struktur der Zeughausbauten bestehen bleibt. Es sind aber keine Schutz- sondern Inventarobjekte. Die

armasuisse will ganz klar auf ihrer Hälfte eine gemischte Nutzung haben und somit kann keine öffentliche Nutzung über das ganze Areal verlangt werden. Dies würde der Vereinbarung die Grundlage entziehen. Zur Carte Blanche: Uster kann nur helfen bei den Gestaltungsplanverfahren und den Grundeigentümer das Verfahren aufzeigen. Es irritiert ihn, dass die Grünen wegen dieser kleinen Sachen nicht zustimmen können. Zur GLP fragt er, dass ihr Antrag so zu verstehen ist, dass nur ein Punkt anders ist, nämlich das Nutzungsprogramm zu überprüfen und anzupassen, also von 700 auf 1'000 Plätze, das hätte der Stadtrat eh vorgehabt. Der Stadtrat ist also ohne weiteres bereit dem zuzustimmen (Kapazitätserweiterung). Es bleibt aber anzumerken, dass das ein Kostentreiber sein kann (Foyer, Toiletten). Er nimmt es aber auch gerne in der formellen Art entgegen.

Thomas Wüthrich stellt klar, weshalb sich die Grünen der Stimme enthalten werden. Grundsätzlich anerkennen sie die Arbeit und das städtebauliche Potential sehen sie auch. Aber das Zeughausareal ist der kritische Punkt, da noch alles Luftschlösser sind. Die Visualisierung im WFU hört sich gut an, aber ob wir es je realisieren können, ist fraglich. Auch Wetzikon plant ein Kultur- und Tagungszentrum. Wir warnen vor so viel Optimismus und wollen kritisch bleiben. Die grüne Vision des Areals bleibt eine öffentliche Nutzung. Aber wir sind offen gegenüber dem zu erstellenden Gestaltungsplan.

Es folgt die Pause.

Ursula Räuftlin ergreift das Wort und führt aus, dass ihre Fraktion den Antrag zurückzieht. Balthasar Thalman hat in seinem Kommissionsreferat darauf hingewiesen, dass die gewünschten Punkte aufgenommen sind. Ausserdem hat sie gehört, dass die rechte Ratsseite auch nicht abgeneigt ist. Sie kann sich damit zufrieden erklären, dass der Stadtrat die Angelegenheit nochmals prüft.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 29: 0 Stimmen

1. **Das neue Kulturzentrum, eventuell kombiniert mit einem Tagungszentrum, soll auf dem Zeughausareal realisiert werden.**
2. **Der Stadtrat wird beauftragt, den Wettbewerb der Phase 3 zusammen mit der armasuisse Immobilien auf der Basis der nachfolgenden Kriterien/Nutzungen durchzuführen:**
 - Die angestrebte Ausnutzungsziffer über das gesamte Areal soll ca. 150 % betragen.
 - Die Struktur der vier bestehenden Zeughausbauten soll auch in Zukunft ablesbar bleiben.
 - Auf dem Landanteil der Stadt Uster gilt für das Wettbewerbsprogramm das im Synthesebericht auf Seite 17 aufgelistete Nutzungsprogramm für ein Kultur- und allenfalls Tagungszentrum, wobei für die Kleinkunsthöhle (Qbus) eine eigenständige Lösung auf dem Areal gesucht werden muss.
 - Auf dem Arealteil der armasuisse Immobilien soll eine gemischte Nutzung angestrebt werden.
3. **Der Gemeinderat unterstützt die Bestrebungen des Stadtrates, über die Gebiete Bezirksgericht, Am Stadtpark und Poststrasse (Jelmoli-Parkplatz) in direkter Zusammenarbeit mit den privaten Grundeigentümern separate Gestaltungspläne auszuarbeiten und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen.**
4. **Mitteilung an den Stadtrat.**

Cla Famos stellt den Ordnungsantrag, die Anträge Nr. 128 und 129 betreffend Schulzahnklinik vorzuziehen aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit und da diese beiden Anträge der Volksabstimmung im Juni unterliegen.

Abstimmung über den Ordnungsantrag:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 29 Stimmen

die Anträge Nr. 128 und Nr. 129 vorzuziehen.

7 Antrag der Primarschulpflege betreffend Investitionsbeitrag von 984'000 Franken zur Erneuerung der vom Zweckverband Schulgesundheitspflege Uster-Greifensee geführten Schulzahnklinik (Antrag Nr. 128/2011)

Wird zusammen mit Traktandum 8 behandelt und separat abgestimmt.

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert **Ruedi Gysi**.

Antrag Nr. 128 der Primarschulpflege und Antrag 129 der Sekundarschulpflege betreffend Investition zur Erneuerung der vom Zweckverband Schulgesundheitspflege Uster-Greifensee geführten Schulzahnklinik.

*Herr Gemeinderatspräsident,
Geschätzte Damen und Herren*

Aus zeitlichen Gründen erlaube ich mir die beiden Anträge Nr. 128 und Nr. 129 in denen es um den gleichen Inhalt geht mit einem Referat darzulegen obwohl mir dabei die Entschädigung für ein zweites Referat entgeht.

Die in einem Zweckverband zusammengeschlossenen Primar- und Sekundarschulpflegen betreiben an der Seestrasse 7 eine Schulzahnklinik. Leider ist diese Klinik nicht mehr auf dem neusten Stand und auch die engen Platzverhältnisse erlauben kein zeitgemässes arbeiten. Die letzte nennenswerte Erneuerung wurde in den 70er Jahren durchgeführt. Zur Zeit kann mit den aktuellen Ressourcen der gesetzliche Auftrag nur ungenügend umgesetzt werden. Die Räumlichkeiten können den heutigen und nach wie vor steigenden Schülerzahlen nicht mehr gerecht werden. Für die umfangreichen Administrationsaufgaben und die Hygieneanforderungen einer Zahnklinik sind die heutigen Räume untauglich.

Die Wartezeiten sind heute mit sechs Monaten zu lange und medizinisch nicht vertretbar. Es ist wichtig, dass Milchzähne die mit Karies befallen sind möglichst rasch behandelt werden. Um den gesetzlichen Auftrag erfüllen zu können müssen heute teure Zahnärzte auch Zahnreinigungen durchführen. Mit Prophylaxeassistenz könnte diese sinnvolle Dienstleistung zu vertretbaren Kosten angeboten werden.

Das Personal stösst an die Grenze ihrer Möglichkeiten und daher besteht auch die Gefahr, dass gutes Personal abwandert.

Das Mobiliar und die klinischen Geräte sind mehrheitlich veraltet und daher können auch die Hygienerichtlinien nicht mehr eingehalten werden.

Die IT-Anlage erlaubt keine Digitalisierung und gerade der Zugriff in die Behandlungszimmer muss heute Standard sein.

Um den Kindern eine zeitgerechte und kompetente Zahnbehandlung zu ermöglichen und gleichzeitig dem Personal die nötigen Räumlichkeiten und Geräte zur Verfügung stellen zu können braucht es diese Investitionsbeiträge dringend.

Die KBK stellt sich ohne Gegenstimme hinter diese Anträge und empfiehlt dem Gemeinderat Antrag 128 und Antrag 129 ebenfalls zur Annahme.

16. April 2012, Ruedi Gysi

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Gabi Seiler**.

*Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen
Werte Anwesende auf der Tribüne*

Die Diskussion innerhalb der RPK zu den zwei Anträgen ist rasch erzählt. Die RPK hat die Anträge an ihrer Sitzung vom 2.4.2012 besprochen. Als Vertretung der Primarschulpflege war Sabine Wettstein anwesend, als Vertreter der Sekundarschulpflege amtierte Alessandro Virgelli und für Detailfragen stand uns Francesca Kist, als Vertreterin des Zweckverbandes Schulgesundheitspflege zur Verfügung.

Wie bereits in der KBK wurden die Anträge in einem Aufwisch diskutiert, jedoch separat darüber abgestimmt. Die Anträge unterscheiden sich lediglich in der Höhe der jeweiligen Investitionsbeiträge sowie der jährlichen wiederkehrenden Kosten aufgrund der Aufstockung des Personals, die Aufteilung erfolgt gemäss dem Schlüssel vom Zweckverband. Nach der Zusammenfassung aus der KBK waren nicht mehr viele Fragen offen. Frau Krist erwähnte nochmals, dass die Schulzahnklinik ihren Betrieb trotz Umbau nicht einstellen muss, da im gleichen Haus eine Wohnung mietweise übernommen werden kann. Es wurde nochmals darauf hingewiesen, dass die Schulzahnklinik einen sehr guten Ruf habe und durch ein äusserst motiviertes Team geführt wird. Die Besetzung der zusätzlichen Stellen durch gute Leute sollte kein Problem darstellen.

*Der Antrag 128 der PSU über den Investitionsbeitrag von CHF 984'000 sowie einen jährlichen Zusatzkredit von CHF 246'000 für die Aufstockung des Personalbestandes wurde mit 8:0 gutgeheissen.
Der Antrag 129 der SSU über den Investitionsbeitrag von CHF 283'500 sowie einen jährlichen Zusatzkredit von CHF 70'900 für die Aufstockung des Personalbestandes wurde mit 7:0 gutgeheissen.*

Der Behördenvertreter wünscht nicht das Wort.

Marianne Siegrist

*Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident
Geschätzte Anwesende*

Grundsätzlich erachte ich das Führen einer Schulzahnklinik durch die Öffentlichkeit als sehr fragwürdig. Vor allem meine ich damit, dass der Zugang zu einer zahnmedizinischen Behandlung gemäss Gesetzgeber angeboten werden muss und diese Behandlung zu einem Sozialtaxpunkt verrechnet wird. Dies ist für mich Subventionierung nach dem Giesskannenprinzip pur und entspricht nicht meiner liberalen Grundhaltung!

Ja nun; diese gesetzlichen Vorgaben gilt es nun bestmöglichst umzusetzen. Und dies ist den Antragsstellern ohne Zweifel gelungen.

Der grosse Bedarf an Zahnbehandlungen spricht für die qualitativ gute Arbeit, welche die Mitarbeitenden der Schulzahnklinik Uster-Greifensee leisten. An dieser Stelle ein grosses Dankeschön!

Dass eine Renovation der Räumlichkeiten, die in den 70er Jahren bezogen wurden, ansteht, ist unbestritten. Umso mehr, weil es sich hier um eine medizinische Einrichtung handelt, welche hohe hygienische Anforderungen erfüllen muss. Erfreulich ist der Umstand, dass die Schulzahnklinik am bisherigen Ort bleiben kann. Die Schulzahnklinik liegt sehr zentral und gut für die Klassen

erreichbar. Die Möglichkeit der Erweiterung im selben Gebäude ist ein Glücksfall. Die FDP/JFU Fraktion bedankt sich beim Zweckverband, bzw. Primarschule und Sekundarschule für den sehr detaillierten und transparenten Antrag. Speziell dafür, dass auch abgeklärt wurde, ob eine private zahnärztliche Behandlung der Schulkinder Vorteile bringen würde. Die aufgeführten Argumente dagegen, d.h. für die Beibehaltung der Schulzahnklinik haben uns überzeugt. Die FDP/JFU ist der Ansicht, dass hier kein überrissener Antrag vorliegt, sondern dass sehr haushälterisch mit der zur Verfügung stehenden Raumfläche umgegangen wird.

Nach genauer Prüfung unterstützen wir das Errichten einer neuen 50% Stelle Kieferorthopädie. Einerseits wird damit eine grösstmögliche Auslastung des Behandlungsstuhls erreicht. Andererseits wird mit dieser Stelle der Kostendeckungsgrad der Klinik stark erhöht. Die Antragssteller schätzen, dass der gesamte Aufwandüberschuss trotz dem Ausbau um 380 Stellenprozente auf dem heutigen Niveau beibehalten werden kann. Für die Kinder besteht zudem der Vorteil, dass die Behandlung durch Mitarbeiter erfolgt, die den Umgang mit ängstlichen Kindern gewohnt sind.

Aus diesen Gründen unterstützt unsere Fraktion die Anträge von Primarschul- und Sekundarschulpflege für die einmaligen Investitionsbeiträge sowie die beantragten Beiträge an die Aufstockung des Personals um 380 Stellenprozente.

Marianne Siegrist

Wermatswil, 13. April 2012

Ruedi Gysi

SVP/EDU Fraktion

Herr Gemeinderatspräsident,
sehr geehrte Damen und Herren

Wie schon im Referat der KBK werde ich die beiden Anträge gleichzeitig behandeln. Ich habe mir die Zeit genommen und die Schulzahnklinik besucht. Ich konnte mich von den Missständen persönlich überzeugen. Die klinischen Geräte sind nicht mehr der neusten Technik angepasst und die hygienischen Verhältnisse lassen zu wünschen übrig.

Die Platzverhältnisse sind einer Zahnklinik unwürdig, besonders im Prophylaxenraum, im Labor sowie im Büro, das mit Garderobe und Küche geteilt werden muss konnte ich mich von der Notwendigkeit einer Investition überzeugen.

Es ist wichtig, dass in den Behandlungsräumen Bildschirme, für die Übertragung der Röntgenbilder, zu Verfügung stehen die das Arbeiten der Ärzte und Ärztinnen erleichtern.

Die SVP/EDU Fraktion ist sich einig, dass unsere Kinder ein Anrecht auf eine moderne, anständige Behandlung in einer zeitgemässen Zahnklinik haben.

Um gutes Personal für die Schulzahnklinik zu finden ist es wichtig, dass räumliche, hygienische und technische Ausrüstungen auf dem neusten Stand ist.

Persönlich würde ich mich in dieser Klinik nicht behandeln lassen. Für mich ist der Vergleich zu einer modernen Zahnklinik wie ein Flug mit der Tante Ju zu einem Jumbo und ich frage sie würden sie nicht auch lieber bei einem Flug die Vorzüge eines Jumbos geniessen.

Die SVP/EDU Fraktion unterstützt den Antrag ohne Gegenstimme.

16. April 2012, Ruedi Gysi, SVP Gemeinderat

Walter Meier

*Sehr geehrter Präsident
Sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen*

Die GLP/EVP/CVP-Fraktion stimmt den Kreditanträgen zu.

Die Schulzahnklinik in Uster ist eine Institution, die nicht mehr wegzudenken ist. Nicht zuletzt dank dem guten Ruf, die Schulzahnklinik genießt, soll sie erhalten bleiben. Ja, mehr als das, man will das Angebot erweitern und die Infrastruktur erneuern.

Ich mag mich erinnern, dass ich vor rund 40 Jahren auch den Dienst der Schulzahnklinik in Anspruch nehmen musste, damals war sie aber noch an der Zentralstrasse 39. Bei meinen Zähnen gab es damals ein paar Löcher zu flicken. Und als ich nach der Schulzeit einen neuen Zahnarzt suchen musste, war ich nicht etwa glücklich, dass mir die Schulzahnklinik nicht mehr offen stand.

Auch als Eltern von Schulkindern – das ist allerdings schon ein paar Jahre her – haben wir die Schulzahnklinik geschätzt.

Unsere Fraktion wünscht der Schulzahnklinik noch viele weitere erfolgreiche Jahre.

Walter Meier, GR

Markus Bürki

Sehr geehrter Herr Präsident

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Geschätzte Anwesende

Der Antrag 128 respektive 129 hat wie wir gehört haben wenig zu reden gegeben. Es ist eine Investition welche sich wirklich für alle lohnt. Gesunde und gute Zähne, zufriedene Eltern und eine Schulzahnklinik, welche den heutigen Standards entspricht.

Zu erwähnen ist noch einmal, dass sich das Personal schon in der alten Einrichtung alle Mühe gegeben hat, die Untersuchungen professionell zu machen. Das hat ihnen einen guten Ruf beschert!

Das ist zu loben. Und wir Grünen freuen uns, wenn dereinst in der neuen Schulzahnklinik weiterhin so gute Arbeit geleistet wird. Eventuell wird ja sogar Fairer Kaffee konsumiert werden und die Rechnungen auf Recyclingpapier verschickt werden.

Das wäre für uns dann das berühmte „Tüpfli“ auf dem i oder die Crema auf dem Kaffee.

Wir werden (beiden Anträgen) zustimmen.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 32 : 0 Stimmen

- 1. Für die räumliche Erweiterung der Schulzahnklinik und die Erneuerung der Infrastruktur wird ein einmaliger Investitionsbeitrag von 984'000 Franken (Anteil Primarschule) genehmigt.**
- 2. Für die Aufstockung des Personals der Schulzahnklinik um 380 Stellenprocente wird ab Beginn 2013 ein jährlich wiederkehrender Zusatzkredit von 246'000 Franken (Anteil Primarschule) genehmigt.**
- 3. Der Beschluss ist, gestützt auf Art. 11 Ziff. 4 Statuten Zweckverband Schulgesundheitspflege Uster-Greifensee, in den Verbandsgemeinden der Volksabstimmung zu unterbreiten.**
- 4. Mitteilung an:**
 - Stadtrat**
 - Primarschulpflege**
 - Zweckverband Schulgesundheitspflege Uster-Greifensee zum Vollzug**

8 Antrag der Sekundarschulpflege betreffend Investitionsbeitrag von 283'500 Franken zur Erneuerung der vom Zweckverband Schulgesundheitspflege Uster-Greifensee geführten Schulzahnklinik (Antrag Nr. 129/2011)

Im Ausstand befindet sich Petra Bättig, Rolf Denzler und Stefan Kern als Näniker.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 29 : 0 Stimmen

- 1. Für die räumliche Erweiterung der Schulzahnklinik und die Erneuerung der Infrastruktur wird ein einmaliger Investitionsbeitrag von 283'500 Franken (Anteil Sekundarschule) genehmigt.**
- 2. Für die Aufstockung des Personals der Schulzahnklinik um 380 Stellenprocente wird ab Beginn 2013 ein jährlich wiederkehrender Zusatzkredit von 70'900 Franken (Anteil Sekundarschule) genehmigt.**
- 3. Der Beschluss ist, gestützt auf Art. 11 Ziff. 4 Statuten Zweckverband Schulgesundheitspflege Uster-Greifensee, in den Verbandsgemeinden der Volksabstimmung zu unterbreiten.**
- 4. Mitteilung an:**
 - Sekundarschulpflege**
 - Zweckverband Schulgesundheitspflege Uster-Greifensee zum Vollzug**

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit wird das Traktandum 7, Nachtragskredit Unterführung Winterthurerstrasse, auf die kommende Sitzung verschoben.

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 4. Juni 2012 statt.

Schluss der Sitzung 21.00 Uhr

Für das Protokoll Die Parlamentssekretärin
Catherine Wenzel

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugen

Datum Der Präsident
Walter Strucken

Datum Die Stimmzähler

Marianne Siegrist

Simone Michel

Bruno Modolo